

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 278 (2005)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

(1. MAI 2003 BIS 30. APRIL 2004)

2003 – das Jahr der zwei «B». International war es George W. Bush und national Christoph Blocher.

Irak-Krieg

Mit dürftigen Gründen begann der Präsident der Vereinigten Staaten, George W. Bush, den Krieg gegen den Irak Saddam Husseins. Aktive Unterstützung erhielt er dabei nur von Grossbritannien. Spanien, die Niederlande, Japan und Australien erklärten ihre Unterstützung. Der Grossteil der Staaten kritisierte allerdings heftig das unilaterale Vorgehen der USA ohne Mandat der UNO. Es kam in vielen Staaten zu Grossdemonstrationen gegen die USA und diesen Krieg.

Bereits am 2. Mai verkündete George W. Bush das Ende der Hauptkampfhandlungen. Damit gelang ein rascher Sieg, aber noch lange keine Befriedung des Iraks. Die Militärmacht der Verbündeten war erdrückend überlegen, und die Kämpfe wurden mit modernsten Mitteln ausgetragen. Strategische Ziele wurden mit Präzisionswaffen wie Marschflugkörpern und Bomben sehr gezielt

angegriffen. In den letzten Tagen des Krieges lösten sich die Verbände des Iraks in Luft auf; von den viel gepriesenen Elitetruppen der Republikanischen Garden von Saddam Hussein ging nur sehr geringer Widerstand aus. Viele der übrigen Soldaten der Armee zogen es vor, zu Hause zu bleiben und auf das Eingreifen ins Kampfgeschehen zu verzichten. Sie begaben sich, wie bereits im Golfkrieg

von 1991, in einen «Kriegsstreik». Die befürchteten Kämpfe von Haus zu Haus in den Städten blieben aus. Das Regime von Saddam Hussein fiel innert wenigen Tagen in sich zusammen. Die meisten Amtsträger tauchten unter, und nur sehr wenige stellten sich oder wurden in den ersten Tagen aufgespürt.

Information und Desinformation spielten bei diesem Waffengang eine enorme Rolle. Am Bildschirm konnten Millionen von Menschen den Verlauf der Kriegshandlungen fast ununterbrochen

verfolgen. Von irakischer Seite wurde immer wieder versichert, dass die Invasoren aufgerieben und zurückgeschlagen würden. Informationsminister Mohammed Sayed as-Sahaf versicherte der irakischen Bevölkerung noch vor laufender Kamera, dass sich keine fremden



Joseph Deiss
Bundespräsident für das Jahr 2004
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

Truppen in Bagdad befänden, als im Hintergrund bereits amerikanische Formationen vorbeimarschierten.

Die öffentliche Ordnung fiel sehr rasch zusammen, und in allen Städten des Landes wurde unter den Augen der Besatzungstruppen ungehemmt geplündert. Unersetzbare Kunstschätze des Nationalmuseums und der Nationalbibliothek verschwanden oder wurden dabei beschädigt. Für die zivile Bevölkerung waren aber die Plünderungen der Spitäler und der Ausfall der Wasser- und Elektrizitätsversorgung besonders schwer zu ertragen. Die Koalitionstruppen waren auf diese Folgen überhaupt nicht vorbereitet und schlicht überfordert. Daraus entstand sehr rasch Widerstand gegen die US-Truppen. Nach einer kurzen Befreiungseuphorie schlug die Meinung rasch um. Anstelle des «Empfangs mit Rosenblättern der Befreiungstruppen», wie er vom Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium der USA, Wolfowitz, vorausgesagt wurde, erfolgten immer wieder Anschläge auf die US-Truppen. Bis Ende Oktober starben bei Anschlägen mehr als 115 amerikanische Sol-

daten. Im April 2004 betrug die Zahl der amerikanischen Todesopfer insgesamt rund 700. Dadurch gerät Präsident Bush auch zu Hause unter Druck, zumal sich der eigentliche Kriegsgrund des unerlaubten Waffenbesitzes schlicht als falsch erweist. Bisher wurden keine ABC-Waffen gefunden. Im Herbst erfolgten dann immer öfters auch Anschläge gegen Truppen anderer Länder. So erleiden Spanien, Italien und Bulgarien schwere Verluste.

Von den USA wurde ein Übergangsrat eingesetzt, der das Land auf die zukünftige Freiheit unter ziviler Verwaltung vorbereiten soll. In diesem Rat sind alle politischen, religiösen und ethnischen Schichten des Iraks vertreten. Da er als verlängerter Arm der Amerikaner angesehen wird, geht von ihm nur wenig Wirkung aus. Die Befriedung des Landes wird wohl noch lange auf sich warten lassen. Die Schiiten, welche den Hauptharst der irakischen Bevölkerung bilden, sind an baldigen Wahlen interessiert, während die Besatzer das Plebiszit noch hinausschieben möchten, bis sich die Lage stabilisiert hat. Vertreter der UNO, die nun zunehmend wieder in die

Diskussionen einbezogen wird, teilen diese Bedenken.

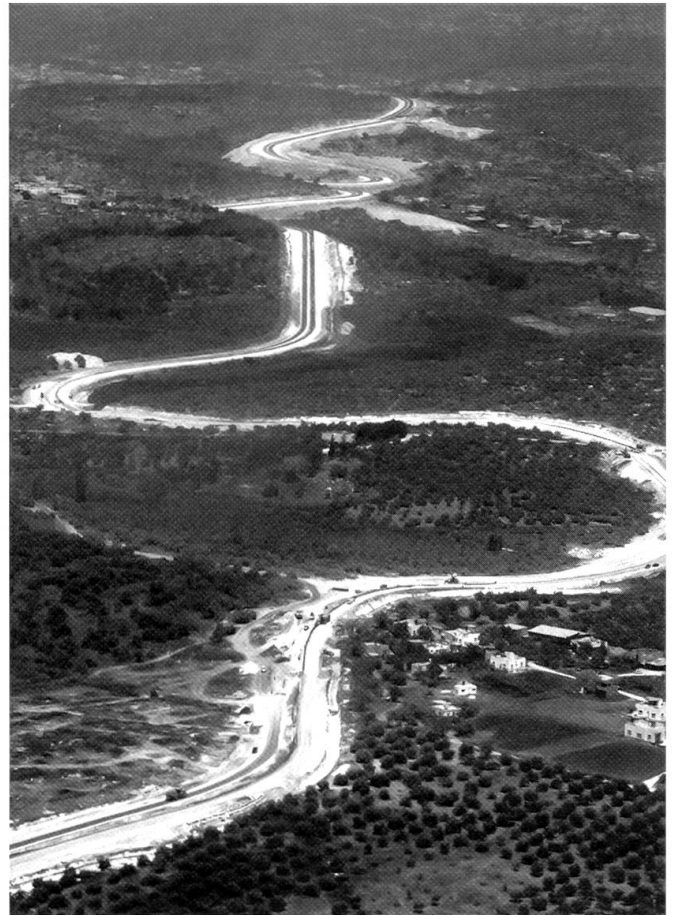


Präsident George W. Bush inmitten seiner Soldaten nach dem Sieg über das Hussein-Regime in Irak (Foto: Keystone)

Anfang Juni findet in Evian das G-8-Gipfeltreffen statt. Hauptthema ist der Kampf gegen den Terrorismus. In Lausanne und Genf kommt es bei Demonstrationen von Globalisierungsgegnern gegen das Gipfeltreffen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Rund 25 000 Polizisten sichern den Anlass am Genfersee. Unter ihnen kamen auch 1000 Polizisten aus Deutschland erstmals in der Schweiz zum Einsatz.

Die verfahrenene Situation hat sich nicht verbessert. Das Nahostquartett, bestehend aus UNO, USA, Russland und der Europäischen Union (EU) hat im Vorjahr eine Wegleitung (Road map) zur allmählichen Lösung des Problems vorgeschlagen. Diese Wegleitung ist im Grunde genommen eine Neuauflage des Abkommens von Oslo unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Veränderungen. Im Mai stimmte Israel der Wegleitung unter Vorbehalten zu. Die Vorbehalte betreffen die geforderte Aufgabe von – hauptsächlich illegalen – Siedlerausposten auf dem Gebiet der Palästinenser. Unter anderem anerkennt Israel in diesem Papier erstmals das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat. Die palästinensische Seite wurde auf die Unterbindung der terroristischen Aktivitäten verpflichtet. Das sollte mit einer Entwaffnung der verschiedenen terroristischen Organisation erreicht werden.

Bei der Umsetzung der Inhalte dieser «Road map» hapert es aber gewaltig. Dem Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt seit dem Ausbruch der zweiten Intifada im Jahr 2000 soll Einhalt geboten werden. Die drei grössten militanten Palästinensergruppen sagten eine dreimonatige Waffenruhe zu. Die relative Ruhe wurde brutal unterbrochen, als am 19. August ein Selbstmordattentäter in Jerusalem 20 Menschen, darunter auch Kinder, in den Tod riss. Daraufhin tritt Mahmud Abbas Anfang September als Ministerpräsident unter bitteren Vorwürfen gegen Israel, die USA und die PLO-Führung zurück. Er konnte sich gegen Yasser Arafat nicht durchsetzen und verlor den internen Machtkampf um die Kontrolle der Sicherheitskräfte. Wie hart und uneinsichtig von beiden Seiten vorgegangen wird, zeigt der Beschluss des israelischen Sicherheitskabinetts, den Palästinenserpräsidenten zu deportieren. Der israelische Vizeministerpräsident Olmert schliesst sogar eine Ermordung von Yasser Arafat in einem Interview nicht aus. Nur massiver internationaler Druck verhinderte die Durchführung des Beschlusses des Sicherheitskabinetts. – Auf der israelischen



Die Mauer, welche Israel von den angrenzenden palästinensischen Gebieten trennt (Foto: Keystone)

Seite wurden einige wenige illegale Aussenposten der Siedler von der Armee geräumt. Allerdings wurden sie gleich wieder errichtet.

Israel unternimmt den Bau einer Trennmauer zwischen dem Kernland und westjordanischem Gebiet zum Schutz vor Infiltrationen durch Terroristen. Allerdings folgt die Mauer nicht überall der eigentlichen Grenzlinie entlang, sondern schliesst auch verschiedene israelische Siedlungen auf westjordanischem Gebiet ein. Die Palästinenser befürchten, dass mit diesem Bau einer neuen Grenzlinie Vorschub geleistet wird. Dadurch würde ihr Hoheitsgebiet noch wesentlich verkleinert. Der Bau dieser Sperranlage wird von der UNO-Generalversammlung mit 144 zu 4 Stimmen verurteilt.

Im Dezember stellten israelische und palästinensische Politiker und Intellektuelle in Genf

das ehrgeizige Projekt einer umfassenden Lösung aller Fragen vor. Die «Genfer Initiative» wurde von der schweizerischen Aussenpolitik logistisch aktiv unterstützt. Darin werden Lösungen aller Fragen aus den Abkommen von Camp David und Taba vorgeschlagen. Beide Seiten sollen zu grösseren Konzessionen verpflichtet werden. Hauptpunkte sind die Räumung von israelischen Siedlungen und der weitgehende Verzicht auf das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge. Jerusalem soll die Hauptstadt zweier Staaten werden. Die offiziellen Seiten beider Parteien lehnen das Projekt in dieser Form ab.

Im Januar kündete Ministerpräsident Sharon überraschend die Aufgabe der meisten Siedlungen im Gaza-Streifen an. Diese Ankündigung löste sofort einen Sturm von Protesten aus rechtsradikalen Kreisen in Israel aus. Trotzdem bereitet Sharon diesen Rückzug vor. Gegenüber den Palästinensern will er diesen Schritt als Stärke verstanden haben, und er verstärkt den Kampf gegen die radikalen Organisationen. Am 22. März töteten die Israeli mit einem gezielten Raketenangriff den Gründer und geistigen Führer der Hamas, Scheich Ahmed Yassin. Die Eliminierung dieser Symbolfigur löste heftige internationale Proteste aus und die Hamas schwor blutige Rache. Einen Monat später ereilte Yassins Nachfolger Abdel Asis Rantisi das gleiche Schicksal.

Global

Im September hebt die UNO Sanktionen gegen Libyen auf, die nach zwei Bombenanschlägen auf zwei Verkehrsflugzeuge von 1989 verhängt wurden. Libyen richtete den Hinterbliebenen wesentliche Kompensationszahlungen aus.

Die Gipfelkonferenz der Welthandelsorganisation WTO in Cancun (Mexiko) scheitert an den unterschiedlichen Auffassungen zur Agrarpolitik. Die Frage der Subventionen lässt es zum Bruch zwischen den Entwicklungsländern und den Industrienationen kommen.

Am 24. Oktober fliegt letztmals eine Concorde der British Airways über den Atlantik. Damit endet die Ära des zivilen Überschallflugs, die 34 Jahre dauerte. Air France und British Airways waren die einzigen Fluggesellschaften, die Überschallflüge mit diesem Flugzeugtyp kommerziell betrieben. Die Concorde wird noch in Museen anzutreffen sein.

Mars

Ende Jahr befand sich der Planet Mars in einer günstigen Distanz zur Erde in Bezug auf Forschungsflüge mit Marssonden. Die ESA (European Space Agency) wie die amerikanische NASA benutzten diese Gelegenheit und sandten verschiedene Geräte zum Mars.

Der «Mars-Express» der ESA wurde am 2. Juni 2003 gestartet und erreichte im Dezember den Planeten. Dieses Experiment umfasste zwei Geräte. Der «Orbiter» umkreist den Mars mit Stereokamera, verschiedenen Spektrometern zur Erforschung der Marsoberfläche. Dieses Experiment ist sehr erfolgreich und konnte unter anderem Wasserspuren – Grundvoraussetzung für früher eventuell vorhandenes Leben – auf dem Planeten nachweisen. Das 60 kg schwere Landegerät «Beagle 2» war leider nicht erfolgreich, da es bei der Landung sehr wahrscheinlich in eine Senke geriet, die dann eine Kontaktaufnahme und den Betrieb von der Erde aus verunmöglichte.

Die amerikanische NASA (National Aeronautics and Space Administration) startete gleich zwei Marsmissionen. Die «Spirit» startete am 10. Juni 2003 und landete am 4. Januar 2004 im Gusev-Krater auf dem Mars. Die «Opportunity» folgte am 7. Juli 2003 und landete am 25. Januar 2004 im Meridiani Planum. Die Landeorte wurden sorgfältig ausgewählt und befinden sich ziemlich genau auf der jeweiligen Gegenseite. Hauptziel des Experiments ist die Erforschung der Geschichte des Klimas an zwei Orten, wo früher einmal Leben möglich gewesen sein könnte. Beide Fahrzeuge sind mit je fünf wissenschaftlichen Instrumenten ausgerüstet, die den Forschern

grosse Mengen von Daten über die Beschaffenheit der Oberfläche des Planeten liefern. Die Kameras vermitteln gestochen scharfe Bilder, die sehr beeindruckend sind.

USA

Nach mehr als 19 Jahren Abwesenheit treten die USA im September wieder der UNO-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur UNESCO bei. Der Austritt wurde seinerzeit mit Geldverschwendung und Ineffizienz begründet.

Anfang November können die riesigen Waldbrände in Südkalifornien in der Umgebung von Los Angeles nach mehr als drei Wochen endlich eingedämmt werden. 22 Personen verloren ihr Leben, etwa 3000 Quadratkilometer Wald wurden vernichtet und mehr als 2200 Häuser eingäschert.

Die Ende 2004 anstehenden Wahlen des Präsidiums sowie des Kongresses und eines Teils des Senats warfen Anfang 2004 ihre Schatten voraus. In vielen Gliedstaaten bestimmten die Demokraten in Vorwahlen ihren Kandidaten für die Präsidentschaft. Bei den Republikanern ist dies nicht notwendig, da George W. Bush eine zweite Amtszeit anstrebt. Der Ausgang der Vorwahlen der Demokraten war für ameri-



Der demokratische Herausforderer in den amerikanischen Präsidentschaftswahlen: John F. Kerry
(Foto: Keystone)

kanische Verhältnisse überraschend eindeutig. Nach verschiedenen Gewinnen in ersten einzelnen Gliedstaaten gelang dem Senator John F. Kerry beim so genannten «Super Tuesday» (Super-Dienstag) in 9 von 10 Staaten ein eindrucklicher Sieg. Sein Vorsprung auf alle andern Kandidaten ist derart gross, dass er sicher sein kann, im Juli beim Nationalen Kongress der Demokraten als Kandidat für die Präsidentschaft bestimmt zu werden.

John F. Kerry ist Senator von Massachusetts und wohnt in Boston. Der 61-Jährige ist Vietnamveteran und wurde im Krieg mehrmals ausgezeichnet. In zweiter Ehe ist er mit Teresa Heinz verheiratet, der Haupterin des bekannten Ketchup- und Suppenkonzerns. Zusammen haben sie zwei Töchter und drei Söhne.

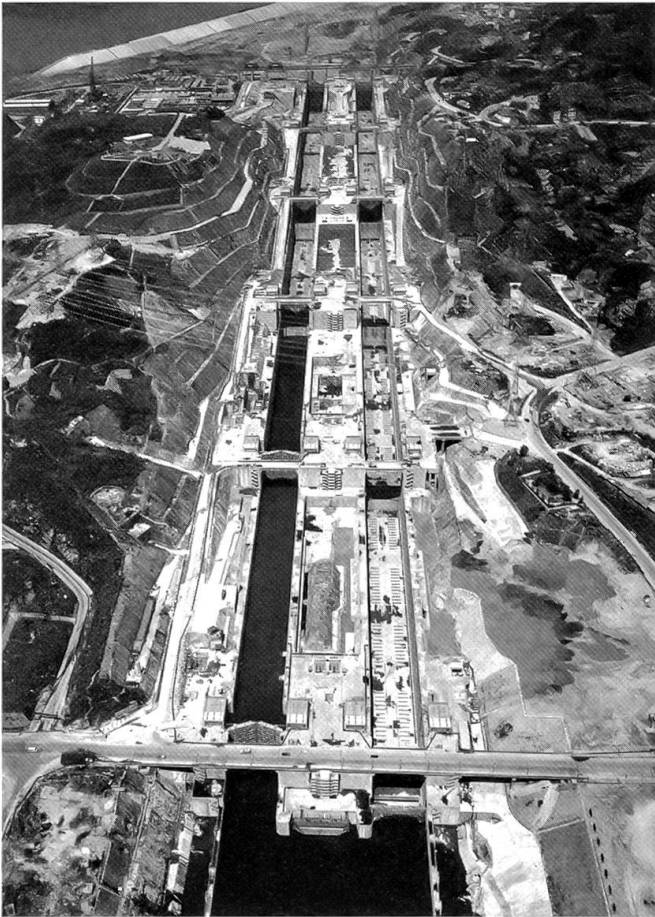
Im Rahmen der Terrorabwehr erschweren die USA Reisen in ihr Land stark. Schweizer Bürger, die keinen neuen Pass besitzen, werden wieder der Visumspflicht unterstellt. Für die Ausstellung eines Visums muss jeder Antragsteller persönlich auf dem Konsulat erscheinen und sich einer Befragung unterziehen. Die Prozedur ist umständlich, und als Folge reisen immer weniger Leute in die USA.

Ostasien

In China werden am 1. Juni die Schleusen der Drei-Schluchten-Staumauer am Jangtse geschlossen. Damit beginnt die Füllung des 660 km langen Stausees, des grössten Wasserkraftwerkes der Welt.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO erklärt Anfang Juli die Sars-Epidemie (akutes Atmungssyndrom) als eingedämmt. Über 8400 Menschen wurden infiziert und 812 Personen erlitten der Krankheit.

Im Oktober schickt China erstmals einen «Taikonauten» ins Weltall. Der Weltraumflug des 38-jährigen Offiziers Yang Liwei dauert 21 Stunden. Damit reiht sich China neben Russland und den USA in den exklusiven Klub von



Die Schleusen der gigantischen Drei-Schluchten-Staumauer in China (Foto: Keystone)

Ländern ein, die bemannte Flüge im Weltall realisierten.

Ein neuer Konfliktherd entwickelt sich in Nordkorea. Das Land reaktiviert seine Atomanlagen und treibt die Entwicklung von Atomwaffen voran. Die USA protestieren heftig, versuchen allerdings den Konflikt nicht mit militärischen Mitteln wie im Irak zu lösen, sondern setzen auf die Diplomatie. Zusammen mit Russland, China, Japan und Südkorea wird an mehreren Treffen nach Mitteln und Wegen gesucht, den Konflikt zu entschärfen und Nordkorea von seinen Plänen abzubringen. Nordkorea zeigt sich bisher unbeugsam und stellt die Arbeiten nicht ein.

Im Spätherbst bricht in China die Vogelgrippe aus. Innert kurzer Zeit breitet sich die Krankheit über mehrere Länder Ostasiens aus. Viele Länder, darunter auch die Schweiz, verfügen Sperren für den Import von Geflügel aus den betroffenen Gebieten. Im Gegensatz zur Sars-Epidemie ist die Vogelgrippe für die Menschen relativ ungefährlich. Es müssen aber mehrere Millionen Hühner geschlachtet werden.

EU

Italien übernimmt am 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft. Bereits beim ersten Auftritt des italienischen Regierungschefs Berlusconi vor dem Parlament in Strassburg kommt es zum Eklat, als er einen deutschen Abgeordneten mit einem KZ-Aufseher vergleicht.

Der EU-Verfassungskonvent unter der Präsidentschaft von Giscard d'Estaing schliesst im Juli die Arbeiten am Verfassungsentwurf der EU ab. Das Dokument wurde an die Regierungskonferenz weitergeleitet. Die Verfassung soll der EU eine stabile Grundlage für die kommenden Jahre geben. Die Strukturen werden derart ausgestaltet, dass die geplante Osterweiterung verkraftet werden kann und die EU in Zukunft gegen aussen geschlossener auftritt. An der Regierungskonferenz im Dezember scheitert der Vorschlag allerdings. Spanien und Polen lehnen die neue Gewichtung der Stimmenverhältnisse im Ministerrat ab.

Die populäre und ausserordentlich beliebte schwedische Aussenministerin Anna Lindh wird in Stockholm von einem Schweden serbischer Herkunft am 10. September niedergestochen und tödlich verletzt. Anna Lindh war eine überzeugte Befürworterin des Euro. Schweden stand kurz vor der Abstimmung über die Einführung des Euro, und deshalb vermutete man einen politischen Zusammenhang. Das Motiv des Mörders konnte selbst im Prozess nicht geklärt werden. Er wurde zu lebenslanger Haft verurteilt.

Schweden lehnt am 14. September die Einführung des Euro mit über 56 Prozent Neinstimmen deutlich ab.

Die beiden grossen «Budgetsünder» der Euro-Zone, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland, verhindern im November die Fortsetzung des Strafverfahrens wegen ihrer wiederholten Budgetüberschreitungen ausserhalb des Rahmens des Stabilitätspaktes für den Euro. Die Einrichtung des Stabilitätspakts wurde vor der Einführung des Euro von Deutschland verlangt. Die Massnahme wird von vielen Seiten stark kritisiert, da mit diesem «Freispruch» der ganze Stabilitätspakt praktisch wertlos ist.

Am 1. Januar übernimmt Irland den Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft. Die Schweiz unternimmt einige Anstrengungen, um die bilateralen Verträge voranzutreiben. Schwierige Fragen liegen hauptsächlich bei der Personenfreizügigkeit vor. Aussenministerin Micheline Calmy-Rey besucht erstmals die Kommissionsspitzen der EU und wirbt um Verständnis für unsere Position.

Am 28. September legte ein Stromausfall praktisch ganz Italien lahm. Ausgelöst wurde die Panne durch die Beschädigung und den Ausfall einer Übertragungsleitung am Lukmanier. Da nicht rechtzeitig reagiert worden war, entstand ein Dominoeffekt, der schliesslich die ganze Stromversorgung unterbrach. Die italienischen Behörden schoben die Schuld der schweizerischen Übertragungsgesellschaft zu. Diese versicherte, sie habe die italienische Seite rechtzeitig verständigt. Seit der Liberalisierung des europäischen Strommarktes werden immer grössere Mengen Strom über weite Distanzen transportiert. Das gesamte Stromübertragungsnetz in Europa ist überlastet und bedarf eines dringenden Ausbaues und der Erneuerung. Italien entwickelte sich in den letzten Jahren zu einem grossen Stromimporteure.

Die anstehende so genannte Osterweiterung der EU ist auch in der Schweiz ein wichtiges

Thema und wirft ihre Schatten voraus. Am 1. Mai 2004 wird die Zahl der Mitgliedsländer der EU von 15 auf 25 anwachsen. Neben den drei baltischen Staaten Lettland, Litauen, Estland werden Polen, Ungarn, Tschechien, die Slowakei, Slowenien und die beiden Mittelmeerinseln Malta und Zypern als Vollmitglieder in die EU aufgenommen. Die Zahl der EU-Bürger steigt damit um nicht weniger als 75 Millionen auf 450 Millionen. Bereits heute ist die EU der wichtigste Handelspartner der Schweiz, importieren wir doch aus diesem Raum etwa 80 Prozent unserer Gesamteinfuhren. Ungefähr 60 Prozent unserer Ausfuhren gehen in die EU. Wenn auch die Wirtschaftskraft der neuen Länder noch relativ gering ist, so gelten sie doch als ausgesprochene Wachstumsmärkte. Wir importieren aus den neuen Staaten Landwirtschaftsprodukte, Maschinen, Textilien und Möbel, und der Druck auf unsere lokale Produktion wird sich noch verschärfen, werden doch gleichzeitig mit dem Beitritt alle Verträge zwischen der EU und der Schweiz für diese Länder in Kraft treten. Dies betrifft das seit 1973 bestehende Freihandelsabkommen und die seit 2002 gültigen Sektoralabkommen Bilaterale I. Von diesen Bilateralen I werden sechs sofort in Kraft treten. Der siebente Vertrag regelt die Personenfreizügigkeit und ist ein «gemischtes Abkommen», das teilweise nationale Kompetenzen berührt. Da handelt der Bundesrat eine stufenweise Liberalisierung aus.

BRD

Die Einführung der deutschen Schwerverkehrsabgabe für LKW ab 1. September 2003 entwickelte sich zum Dauer- und Trauerthema. Anfänglich mangelte es an Erfassungsgeräten, dann funktionierten diese Geräte und die Übermittlung der Daten nicht zufrieden stellend. Die Probleme konnten nicht behoben werden, und die mehrfachen Verschiebungen der Einführung brachten ebenfalls keine Verbesserungen des satellitengestützten Systems. Mit zunehmender Dauer entwickelte sich der

Streit hauptsächlich um die Frage, wer die Verantwortung für die entgangenen Einnahmen zu tragen habe. Dem Staat gehen monatliche Einnahmen von 156 Millionen Euro verloren. Am 17. Februar 2004 wurden die Verhandlungen zwischen dem Staat und dem Konsortium Toll Collect, dem Daimler Chrysler, die Telekom und der französische Autobahnbetreiber Cofiroute angehören, als gescheitert erklärt. Verkehrsminister Stolpe leitete die Kündigung der Verträge ein und bereitet die Wiedereinführung der Eurovignette ab Oktober 2004 vor. Diese Steuer bringt allerdings jeden Monat nur ca. 40 Millionen Euro in die Kasse des Staates. Gesamthaft schätzt der Staat die entgangenen Mindereinnahmen auf 6,5 Milliarden Euro. Um den Ersatz des Schadens wird noch heftig gerungen. Der Imageschaden ist besonders gross für die beiden Spitzenunternehmen Deutschlands. Die Regierung ist aber auch nicht schuldlos. Die ausgehandelten Verträge sind von den Juristen miserabel ausgearbeitet worden. Nach einigem Hin und Her einigte sich die Regierung, mit dem bestehenden Konsortium weiterzufahren. Die Maut soll nun später eingeführt werden, um eine betriebs-sichere Entwicklung des Systems zu ermöglichen. Gleichzeitig wurde auch die Haftungsgrenze für ein Nichterfüllen des Vertrages wesentlich erhöht.

Bundeskanzler Schröder gab das Präsidium der SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) am 21. März ab. Die Funktionen als Regierungschef und Parteipräsident liessen sich immer weniger unter einen Hut bringen. Als Regierungschef muss er unpopuläre Reformen mit Sparmassnah-

men durchführen. Die Reformpolitik der rot-grünen Regierung Schröder ist bei der Basis der SPD heftig umstritten und führte zu über 120 000 Parteiaustritten. Mit der Trennung der Funktionen soll beidseitig wieder der notwendige Handlungsspielraum zurückgewonnen werden. Neuer Präsident der SPD wird Franz Müntefering. Ihm trauen die Parteimitglieder zu, die Partei wieder auf Erfolgskurs zu bringen.

Spanien

Im morgendlichen Berufsverkehr des 11. März 2004 wurden von Terroristen in vier Vorortszügen Madrids fast gleichzeitig zehn Bomben zur Explosion gebracht. Die Auswirkungen sind verheerend und fordern 190 Tote und über tausend Verletzte. Die Anschläge fanden drei Tage vor den nationalen Wahlen statt. Der Wahlkampf wurde ausgesetzt und eine dreitägige Staatstrauer angeordnet. Die Ausgangslage der Wahlen wurde durch diese Taten völlig umgekrempelt. Der abtretende konserva-



Terroristenanschlag auf Pendlerzüge in Madrid (Foto: Keystone)

tive Regierungschef Aznar beschuldigte sofort die ETA als Urheberin. Diese Aussage konnte weder bewiesen noch bestätigt werden. Der ETA nahe stehende Kreise wiesen sofort alle Schuld von sich. Der Ausgang der Wahlen strafte alle bisherigen Voraussagen Lügen, und die Sozialdemokraten mit ihrem Spitzenkandidaten José Zapatero gewannen. Die nachfolgenden Untersuchungen des Anschlags wiesen dann auch immer stärker auf gewalttätige Islamisten aus dem Umkreis von Al-Kaida hin.

Vom unerwarteten Regierungsumschwung in Spanien werden auch grössere Auswirkungen auf die EU erwartet.

Schweiz

Der italienische Staatspräsident Ciampi weilt Mitte Mai zu einem Staatsbesuch in der Schweiz.

Am 18. Mai werden in einem Abstimmungsmarathon sieben Initiativen abgelehnt: zwei Atominitiativen, die Gesundheitsinitiative, Lehrstelleninitiative, Ja zu fairen Mieten, Behinderteninitiative sowie die Forderung nach vier autofreien Sonntagen. Angenommen werden die Vorlagen zur Reform der Armee und des Bevölkerungsschutzes.

Die Fluggesellschaft SWISS stellt am 24. Juni ihr neues Geschäftsmodell vor und verringert die Flugzeugflotte um einen Drittel. Es wurden rund 3000 Arbeitsplätze abgebaut und 25 Destinationen aus dem Flugplan gestrichen. Im September gibt dann SWISS den Beitritt zur Allianz «One World» und eine enge Zusammenarbeit mit British Airways bekannt.

Das Jahr 2003 bescherte uns einen sehr trockenen und zudem den heissesten Sommer seit Menschengedenken. Am 4. Juni begannen die Temperaturen zu steigen und überschritten ab dem 11. Juni regelmässig die 30-Grad-Marke. Seit Aufzeichnungen vorhanden sind, geht dieser Monat als der heisseste in die Geschichte ein. Die durchschnittlichen Tem-

peraturen lagen sieben Grad über dem langjährigen Mittel. Das schöne und trockene Wetter dauerte bis Ende August. Als Höchsttemperatur wurde am 11. August in Grono im Misoix der neue Rekordwert von 41,5 Grad gemessen. Der alte Rekordwert von 1952 stand bei «nur» 39,0 Grad. Die fortschreitende Trockenheit brachte der Landwirtschaft enorme Ernteaussfälle und verursachte Millionenschäden. Flüsse und Seen trockneten aus und vielerorts, insbesondere im Tessin, herrschte Wassermangel. Zum 1. August musste in vielen Kantonen ein Feuerwerksverbot erlassen werden. In Leuk kam es zu einem Waldbrand, der 450 ha Schutzwald verwüstete. In weiten Teilen Südeuropas und im Westen von Nordamerika nahmen die Waldbrände gigantische Formen an und verwüsteten riesige Flächen.

Nachdem sie von Entführern ein halbes Jahr in Gefangenschaft gehalten wurden, kommen am 18. August 14 Sahara-Touristen frei. Unter ihnen befinden sich zwei Schweizerinnen und zwei Schweizer. Die Verhandlungen mit den Entführern standen unter der Federführung von Deutschland. Es wurde ein Lösegeld bezahlt.

Am 30. Oktober landen in Zürich-Kloten erstmals Flugzeuge von Süden her. Die Anflugroute führt über dicht besiedeltes Gebiet entlang dem Höhenzug des rechten Zürichseeufers. Diese Route ist Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen und musste eingeführt werden, weil die Bundesrepublik Deutschland die Anzahl bewilligter Anflüge über ihr Gebiet im Norden von Kloten drastisch reduziert hatte. Betroffen sind hauptsächlich Flüge am frühen Morgen, spätabends und über die Wochenenden. Die belasteten Gemeinden reagieren heftig, und im Januar führte die geplagte Bevölkerung in Kloten eine Grossdemonstration durch.

Der Flughafen Zürich-Kloten kommt immer wieder zu negativen Schlagzeilen. Im Dezember musste das Bundesamt für den zivilen Luftverkehr BAZL eine Verringerung der Starts und Landungen pro Stunde verfügen, da es im August einen Beinah-Zusammenstoss

zwischen einem startenden und einem durchstartenden Flugzeug registrierte.

Im Februar stellte der Flughafen ein neues Betriebskonzept vor, das wohl längere Nachtruhe bringen soll, aber tagsüber flexible (sprich mehr) Starts und Landungen vorsieht. Damit will der Flughafen u.a. gegen die Verspätungen ankämpfen, ist er doch im Vergleich mit allen andern Flughäfen Europas als derjenige mit den meisten Verspätungen bekannt. Gleichzeitig sieht das neue Betriebskonzept eine Verlagerung der Warteräume nach Süden vor, und diese Massnahme löst wiederum einen Sturm der Entrüstung in den betroffenen Gebieten aus.

Die Wahlen des eidgenössischen Parlaments vom 19. Oktober für die neue Legislaturpe-



Der Sieger: Bundesrat Christoph Blocher
(Foto: Keystone)



Die abgewählte Bundesrätin Ruth Metzler
(Foto: Keystone)

riode bestätigten die Trends von früher, und die Auswirkungen veränderten die politische Landschaft in der Schweiz nachhaltig. Die SVP erhielt 26,7 Prozent der Stimmen und 55 Nationalratsmandate. Damit wurde sie klar stärkste Partei, bestätigte und erweiterte das Resultat von 1999, als sie mit minimem Vorsprung gewann. Die SP verbesserte sich um einen auf 52 Sitze. Die Grünen legten um 4 auf 13 Mandate zu. Grosse Verlierer waren die FDP und CVP, die auf 36 beziehungsweise 28 Sitze im Nationalrat abrutschten. Die CVP erhielt noch 14,4 Prozent der Stimmen, nach 15,9 Prozent vier Jahre zuvor. Grösste Verliererin war aber die FDP, die von 19,9 Prozent auf 17,3 Prozent absackte. Der Zuwachs der SVP ist für schweizerische Verhältnisse umso bemerkenswerter, als sie noch 1991 die schwächste Bundesratspartei mit 11,9 Prozent der Stimmen war. Einen grossen Teil der Gewinne realisierte die SVP in der welschen Schweiz. Die Führung der SVP verlangte bereits am Wahlabend ultimativ einen zweiten Bundesratssitz für den Zürcher Nationalrat Christoph Blocher. Würde diesem Begehren nicht entsprochen, drohte sie mit dem Austritt aus der Regierung und dem Gang in die Opposition. Diese Forderung löste dann von Oktober bis zum 10. Dezember, dem Tag der Bundesratswahl, eine Flut von Diskussionen, Verhandlungen und Manövern aus. Praktisch täg-

lich wurde in allen Medien darüber berichtet.

Der 10. Dezember 2003 brachte das innenpolitische Ereignis des Jahres. In einer historischen Wahl des Bundesrates korrigierte die Bundesversammlung die Zauberformel, die während 44 Jahren unangetastet geblieben war. Der 63-jährige Christoph Blocher wurde in einer Kampfwahl gegen Bundesrätin Ruth Metzler im dritten Durchgang mit 121 zu 116 Stimmen gewählt. Christoph Blocher ist wohl der von seinen Gegnern meistgehasste

wie von seinen glühenden Anhängern meistgeliebte Bundespolitiker der Schweiz. Er ist ein «animal politique», das mit seinen sehr pointierten Meinungen polarisiert. – Die Abwahl der erst 39-jährigen Ruth Metzler ist ebenso bemerkenswert, ist sie doch seit Bestehen unseres Bundesstaates erst das zweite amtierende Mitglied des Bundesrates, dem die Wiederwahl verwehrt wurde. Sie galt auch als ausgesprochene Hoffnungsträgerin der Frauen und der Jungen. Ihre Abwahl wurde durch das Festhalten an der gewählten falschen Taktik der CVP-Fraktion in den nachfolgenden Wahlgängen endgültig besiegelt. Bei einer flexibleren Haltung wären ihre Chancen absolut intakt gewesen.

Bei der Ersatzwahl für den zurücktretenden Kaspar Villiger kam es zur zweiten Überraschung. Bereits im zweiten Wahlgang wurde der Ausserrhoder Ständerat Hans-Rudolf Merz mit 127 Stimmen gewählt. Verliererin war mit 96 Stimmen die zurückgetretene Berner Ständerätin Christine Beerli. Den Ausschlag für diese Wahl gab die CVP, die mehrheitlich Hans-Rudolf Merz unterstützte. Regionale



Tennisstar Roger Federer eilt von Sieg zu Sieg. (Foto: Keystone)

Überlegungen haben sicher auch eine Rolle gespielt, da mit Bundesrat Schmid bereits ein Vertreter Berns im Amt ist.

Mit der Abwahl von Ruth Metzler sind nun die Frauen im Bundesrat nur noch mit einer Vertreterin präsent. Diese krasse Untervertretung löste einen Sturm der Entrüstung und gegenseitigen Schuldzuweisungen aus. Verständlicherweise waren alle Frauenorganisationen schockiert, und die Jungen sprachen nur noch vom «Altherrenclub».

Durch die Wahl von Blocher und Merz verschoben sich die Gewichte im Bundesrat eindeutig nach rechts. Ihre Prioritäten bilden sicher die Sanierung der Bundesfinanzen ohne Steuererhöhungen und die Ablehnung neuer Aufgaben für den Staat. Die Linke wird es zunehmend schwer haben, im Bundesrat ihre Anliegen durchzubringen, und deshalb vermehrt auf Referenden und Initiativen zurückzugreifen.

Die überraschende Abwahl von Ruth Metzler brachte uns ein weiteres Novum. Turnusgemäss hätte sie am 1. Januar das Amt der Bundespräsidentin übernommen. Nun kam ihr

Parteikollege Joseph Deiss zur Ehre, der Schweiz im Jahr 2004 als Bundespräsident zu dienen.

Der Schweizer Tennisprofessional Roger Federer sorgt für den grössten internationalen Sporterfolg in dieser Berichtsperiode. Am 6. Juli gewinnt er das prestigeträchtige Turnier von Wimbledon in England. Im November gewinnt er das Masters in Houston, das als inoffizielle Weltmeisterschaft gilt. Damit wurde er vor dem Jahresende die Nummer 2 der Welt und in der Schweiz als Sportler des Jahres geehrt. Im Januar setzt er seiner noch jungen Karriere die Krone auf mit dem Gewinn seines zweiten Grand-Slam-Turniers in Melbourne, Australien, und wurde die Nummer 1 der Welt. Er ist der erste Schweizer, der als bester Tennisspieler gilt.

Das Abstimmungswochenende vom 8. Februar brachte klare Resultate. Bei den drei Vorlagen stimmte das Volk gegen Bundesrat und Parlament. Der Avanti-Gegenentwurf wurde mit 62,8% Nein abgelehnt. Er sah einen weit reichenden Ausbau der Verkehrswege im Nationalstrassennetz, im Agglomerationsverkehr und der öffentlichen Verkehrsverbindungen vor. Hauptargumente dagegen waren die zweite Gotthardröhre und die hohen Kosten. Die Gegner befürchteten eine Aufweichung des Alpenschutzes. Die Bergkantone Wallis, Uri und Graubünden verwarfen die Vorlage massiv mit jeweils über 70% Neinstimmen. Nach der Abstimmung wurde allgemein festgestellt, dass das gesamte Paket überladen war und zu viele Angriffsflächen bot. – Ein neues Mietrecht, das die Mieten an die Lebenshaltungskosten angebunden hätte, wurde mit 64,0% Nein abgelehnt. – Andererseits wurde die Verwahrungsinitiative mit 56,2% Ja angenommen. Alle Stände ausser der Waadt und Basel-Stadt stimmten zu. Die Initiative verlangt die Aufnahme einer Verfassungsbestimmung für die «Lebenslange Verwahrung von nicht therapierbaren, extrem gefährlichen Sexual- und Gewalttättern». Der Vollzug des Volkswillens dürfte noch einige Schwierigkeiten bieten, da

die Unwiderruflichkeit der Verwahrung mit der Europäischen Menschenrechtskonvention kaum zu vereinbaren ist. Der Abstimmungskampf über diese Initiative wurde sehr emotional geführt, was die hohe Akzeptanz erklärt, die sie beim Volk fand. Es ist erst die 14. Volksinitiative, die seit dem Bestehen der Eidgenossenschaft angenommen wurde.

Kanton Bern

Am 24. Mai wird der von Erich von Däniken inspirierte Mystery Park bei Interlaken eröffnet.

Die Bernerin Simone Luder ist die grosse Gewinnerin an den OL-Weltmeisterschaften in Rapperswil-Jona. Sie gewinnt viermal Gold.

Das seit 2002 leer stehende neue Gebäude INO des Inselspitals – vorgesehen für 16 neue Operationssäle und zentralisierte Notfall- und Intensivbehandlungseinrichtungen – soll fertig gebaut werden. Das vom Grossen Rat 1995 bewilligte Kostendach von 215 Millionen Franken reicht aber bei weitem nicht aus. Regierungsrätin Barbara Egger gibt am 13. Februar bekannt, dass die Kosten neu 268 Millionen plus Teuerung betragen werden. Die massive Kostenüberschreitung von 53 Millionen wird dem Grossen Rat unterbreitet. Das Projekt ist der teuerste Bau, den der Kanton je unternommen hat.

Stadt Bern

Im Westen Berns sollen die beiden Buslinien vom Hauptbahnhof nach Bümpliz und Bethlehem durch neue Tramlinien ersetzt werden. Die Baukosten (ohne notwendiges neues Rollmaterial) werden auf 153 Millionen veranschlagt. Neben einem ausserordentlichen Bundesbeitrag von 51,2 Millionen gehen 47,5 Millionen zu Lasten des Kantons, und davon müssten alle bernischen Gemeinden die Hälfte von 23,6 Millionen beisteuern. Die



Die Bernerin Simone Luder gewinnt die OL-Weltmeisterschaften in Rapperswil-Jona. (Foto: Hansueli Trachsel)

restlichen Kosten betreffen Strassen- und Umgebungsarbeiten, die von der Stadt zu bezahlen sind. Nach dem Ja des Grossen Rates vom September stimmen im November auch die Stadtberner der Vorlage zu. Die Bümplizer als direkt Betroffene stimmen mit 55% dagegen. Gegen den Beschluss des Grossen Rates wird das Referendum ergriffen, und nun muss im Mai 2004 in einer kantonalen Abstimmung das Volk entscheiden. Die Gegner bezeichnen den Plan als «Luxusprojekt».

Kurz vor Beginn der Berichtsperiode wurde Kurt Wasserfallen von einer Mehrheit des Gemeinderates die Führung der Polizei, eines Teils der Direktion für Sicherheit, entzogen. Die Führung der Stadtpolizei Bern wurde mit sofortiger Wirkung der Direktion für Soziale Sicherheit unterstellt. Die Aktion war nicht durchdacht, überstürzt und wurde mit schwachen Argumenten begründet. Innert wenigen Tagen entwickelte sich die Krise zu einem einmaligen und unwürdigen Polittheater und nahm groteske Formen an. Offensichtlich fanden vorher keine Abklärungen der Rechtslage statt, und der Absetzungsakt wurde nicht ordentlich

traktandiert. Als Ausweg aus der verzwickten Lage wurde Anfang Mai beschlossen, eine grössere Rochade im Gemeinderat vorzunehmen. Ursula Begert übernahm die Direktion für Sicherheit, Kurt Wasserfallen die Finanzdirektion und Therese Frösch wechselte in die Direktion für Soziale Sicherheit. Der Stadtrat setzte eine PUK (Politische Untersuchungskommission) ein. Im Spätherbst legte die PUK einen 144-seitigen Bericht zur Aufarbeitung dieser politischen Krise, die Bern

während Wochen erschütterte, vor. Sie deckte bedenkliche Führungsmängel des Gemeinderates auf.

Die Stimmberechtigten der Stadt Bern beschlossen am 8. Februar, die Anzahl der Gemeinderäte von 7 auf 5 zu reduzieren. Gleichzeitig wurde eine Initiative angenommen, welche die Reduktion der Gemeinderatssaläre von 237 000 auf 200 000 Franken verlangte. Die sonst sieggewohnten Parteien Rot-Grün und Mitte erlitten dabei eine herbe Niederlage. Beide Initiativen wurden von rechtsbürgerlichen Kreisen lanciert. Die Vorlage zur Reduktion der Anzahl Gemeinderäte war von der FDP und die Initiative «200 000 Franken sind genug» vom «Bund der Steuerzahler» lanciert worden.

Bei der BEA Bern expo traten gravierende Finanz- und Strukturprobleme auf. Die Expansion der letzten Jahre, insbesondere der Neubau Naha 2, wurde mit wenig Eigenmitteln finanziert. Das führt zu jährlichen Zinsbelastungen und Amortisationen von 3 Millionen. Die BEA Bern expo muss gründlich saniert werden, sonst droht Ende 2004 der Konkurs. Ziel wäre, Forderungen von verschiedenen

Banken, des Kantons, der Stadt, von vier Gemeinden und institutionellen Anlegern in der Höhe von 25 Millionen in Eigenkapital umzuwandeln. – Die BEA Bern expo trennte sich im Februar von ihrem langjährigen Direktor Karl Bürki. Bürki hat sich nichts zuschulden kommen lassen, aber die umfassende Sanierung und der Neuanfang sollen mit frischen Kräften angegangen werden.

Das Inselspital feiert 2004 sein 650-jähriges Bestehen. Im Jahr 1354 stiftete Anna Seiler ihr ganzes Vermögen mit zahlreichen Liegenschaften, Ländereien und Wäldern, um ein «ewiges» Spital zu gründen. Als eines der ältesten und der wichtigsten der Schweiz behandelte das Inselspital im Jahre 2002 200 000 Patienten und Patientinnen, davon 50 000 stationär und gut 140 000 ambulant. Als Arbeitgeber für rund 6000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Medizin, Pflege, Lehre und Forschung ist es einer der grössten Arbeitgeber des Kantons. Damit übertrifft es die präzisen Weisungen der Stifterin bei weitem, die in ihrer Stiftungsurkunde verlangt hatte, dass «ständig dreizehn bettlägrige und bedürftige Personen aufgenommen sein müssen sowie drei ehrbare Personen, die den Dienst als Pfleger der armen Bettlägrigen» versehen sollten. – Im Jubiläumsjahr finden verschiedene Veranstaltungen statt. Begonnen wurde am 26. März mit der erstmaligen Verleihung des «Anna-Seiler-Gesundheitspreises».

Von Freitag, 19. März, auf Samstag fand die «2. Berner Museumsnacht» statt. Es war ein voller Erfolg, wurden doch 72 000 Besu-

cher verzeichnet. Das sind doppelt so viele wie im Vorjahr.

Der unbewilligte «5. Antifaschistische Abendspaziergang», organisiert vom «Bündnis Alle gegen Rechts», von Samstag, 20. März, mobilisierte 3000 Teilnehmer. Die Demonstration artete gegen Schluss aus und es kam zu massiven Sachbeschädigungen. Die Polizei musste Tränengas, Gummischrot und Wasserwerfer einsetzen.

Der SCB wird am Ostersonntag, 10. April, zum elften Mal Schweizer-Meister im Eishockey. Die Finalserie gegen den HC Lugano war hart umstritten, gewannen doch die Berner den Titel erst in der Verlängerung des allerletzten Spiels der Finalserie, die nach dem Modus «Sieger in 7 Spielen» ausgetragen wurde. Nach 74 Minuten und 20 Sekunden markierte der Berner Marc Weber den «goldenen» Siegtreffer. Am Ostermontag fand dann der Meisterumzug statt, der vom Bärengraben zum Waisenhausplatz führte. 40 000 Fans jubelten ihren Lieblingen zu. *Peter Zeidler*



Die Berner Stadtregierung hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck bei der Affäre um Kurt Wasserfallen. (Foto: Keystone)